

15.04.2021

PRESSEMITTEILUNG

NATO beschließt Truppenabzug aus Afghanistan

20 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wollen die USA ihre Truppen aus Afghanistan abziehen. Die USA sind der größten Truppensteller in dem Land, gefolgt von Deutschland. In Folge haben Mittwochabend nun auch die Außen- und Verteidigungsminister der NATO den Truppenabzug aus Afghanistan offiziell beschlossen. Eine Einschätzung von Prof. Dr. Michael Brzoska:

„Der Afghanistan-Abzug ist das lange überfällige Eingeständnis, dass das (auch) militärische Engagement dort an seine Grenzen gestoßen ist. Die vielfältigen Konfliktlinien in Afghanistan sind durch den inzwischen fast zwei Generationen andauernden Krieg vertieft worden. Die von den USA geführte Militärallianz hat zu dieser Vertiefung der Konfliktlinien in verschiedenen Phasen des Krieges seit 2001 ebenso beigetragen wie politische Zielsetzungen, die angesichts der sozialen Gegebenheiten in dem Land nicht erreichbar waren. Der jetzt angekündigte Abzug ist zwar folgerichtig, lässt aber auch für die nähere Zukunft eine Fortsetzung der Kämpfe befürchten.“

Prof. Dr. Michael Brzoska ist ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH).

Kontakt:

Barbara Renne

Leiterin Kommunikation

renne@ifsh.de Telefon 040 86 60 77 – 50 Beim Schlump 83 20144 Hamburg www.ifsh.de

Hintergrund zum IFSH

Was macht die Welt unsicher und was sind die gesellschaftlichen Bedingungen für Frieden? Welche internationale Ordnung und Sicherheitspolitik erfordert eine Welt, in der wir immer enger miteinander verflochten sind? Diese Fragen stehen im Zentrum der Arbeit am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH). Das Institut erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Dabei verbindet das IFSH wissenschaftliche Grundlagenforschung mit zentralen Fragen der aktuellen Friedens- und Sicherheitspolitik aus interdisziplinärer Perspektive. Das IFSH gehört zu den führenden Friedensforschungsinstituten in Deutschland und wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten eng mit der Universität Hamburg, mit Institutionen in der Metropolregion Hamburg und mit wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland zusammen.

Gefördert von



Behörde für Wissenschaft,
Forschung, Gleichstellung
und Bezirke